
Stadt Mahlberg

Bebauungsplan Stiegele, 7. Änderung

**Artenschutzrechtliche
Relevanzprüfung**

Freiburg, den 23.02.2024
Entwurf



Stadt Mahlberg, Bebauungsplan Stiegele, 7. Änderung, Artenschutzrechtliche Relevanzprüfung, Entwurf

Projektleitung:
M.Sc. ETH Umwelt-Natw. Christoph Laule

Bearbeitung:
Dipl. Biologe Hannes Kampf
Stud. M.Sc. Umweltwissenschaften Annalena Biba

faktorgruen
79100 Freiburg
Merzhauser Straße 110
Tel. 07 61 / 70 76 47 0
Fax 07 61 / 70 76 47 50
freiburg@faktorgruen.de

79100 Freiburg
78628 Rottweil
69115 Heidelberg
70565 Stuttgart
www.faktorgruen.de

Landschaftsarchitekten bdla
Beratende Ingenieure
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Pfaff, Schütze, Schedlbauer, Moosmann, Rötzer, Glaser

Foto Titelseite: Kampf (faktorgruen)

Inhaltsverzeichnis

1. Anlass und Gebietsübersicht	1
2. Rahmenbedingungen und Methodik	1
2.1 Rechtliche Grundlagen.....	1
2.2 Methodische Vorgehensweise.....	3
2.2.1 Schematische Abfolge der Prüfschritte.....	3
2.2.2 Festlegung der zu berücksichtigenden Arten.....	4
3. Lebensraumstrukturen im Untersuchungsgebiet	6
4. Wirkfaktoren des Vorhabens	6
5. Relevanzprüfung	6
5.1 Europäische Vogelarten.....	7
5.2 Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV.....	8
5.3 Ergebnis der Relevanzprüfung.....	8
6. Quellenverzeichnis	9

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Lage des Plangebiets (Grundlage Amtliche Geobasisdaten LUBW, LGL).....	1
--	---

Anhang

- Begriffsbestimmungen
- Fotodokumentation

1. Anlass und Gebietsübersicht

Anlass

Das Bauunternehmen Helmut Kern GmbH möchte nach dem Umzug ihrer Lager- und Bürogebäude das bestehende Baugrundstück in Wohnbereich umwandeln. Hierfür möchte die Stadt Mahlberg den bestehenden Bebauungsplan ändern. Um artenschutzrechtliche Belange frühzeitig zu berücksichtigen, wurde diese Relevanzprüfung in Auftrag gegeben.

Lage des Plangebiets

Das Plangebiet liegt im nord-östlichen Teil von Malberg auf dem Grundstück der Bromergasse 40 in bereits bestehendem Wohngebiet. Im Osten und Westen grenzen an das Grundstück Wohngebäude an, südlich befindet sich eine Gartenfläche.



Abb. 1: Lage des Plangebiets (Grundlage Amtliche Geobasisdaten LUBW, LGL)

Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet ist deckungsgleich mit dem Plangebiet.

2. Rahmenbedingungen und Methodik

2.1 Rechtliche Grundlagen

Zu prüfende Verbotstatbestände

Ziel des besonderen Artenschutzes sind die nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG besonders und streng geschützten Arten, wobei die streng geschützten Arten eine Teilmenge der besonders geschützten Arten darstellen. Maßgeblich für die artenschutzrechtliche Prüfung sind die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG, die durch § 44 Abs. 5 BNatSchG eingeschränkt werden.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauer-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Neben diesen Zugriffsverboten gelten Besitz- und Vermarktungsverbote.

Anwendungsbereich

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten bei Eingriffen im Bereich des Baurechts und bei nach § 17 Abs. 1 oder 3 BNatSchG zugelassenen Eingriffen in Natur und Landschaft die aufgeführten Verbotstatbestände nur für nach europäischem Recht geschützten Arten, d. h. für die in Anhang IV der FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG, FFH-RL) aufgeführten Arten und die europäischen Vogelarten. In der hier vorgelegten speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung werden daher nur diese Arten behandelt.

In einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG können zusätzlich sogenannte „Verantwortungsarten“ bestimmt werden, die in gleicher Weise wie die o. g. Arten zu behandeln wären. Da eine solche Rechtsverordnung bisher nicht vorliegt, ergeben sich hieraus aktuell noch keine zu berücksichtigende Arten.

Tötungs- und Verletzungsverbot

Es liegt dann kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG vor, wenn durch den Eingriff / das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht wird und zugleich diese Beeinträchtigung nicht vermieden werden kann. Ebenfalls liegt dieser Verbotstatbestand nicht vor, wenn Tiere im Rahmen einer Maßnahme, die auf ihren Schutz vor Tötung / Verletzung und der Verbringung in eine CEF-Fläche dient, unvermeidbar beeinträchtigt werden.

Störungsverbot

Eine Störung liegt vor, wenn Tiere aufgrund einer unmittelbaren Handlung ein unnatürliches Verhalten zeigen oder einen erhöhten Energieverbrauch aufweisen. Sie kann aufgrund von Beunruhigungen oder Scheuchwirkungen, beispielsweise infolge von Bewegungen, Licht, Wärme, Erschütterungen, häufige Anwesenheit von Menschen, Tieren oder Baumaschinen, Umsiedeln von Tieren, Einbringen von Individuen in eine fremde Population oder aber auch durch Zerschneidungs-, Trenn- und Barrierewirkungen eintreten (vgl. LAUFER 2014).

Es liegt dann kein Verbotstatbestand vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population nicht verschlechtert und somit die Störung nicht als erheblich einzustufen ist.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Es liegt dann kein Verbotstatbestand im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt ist. Gegebenenfalls können hierfür auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) festgelegt werden. Die Wirksamkeit von CEF-Maßnahmen muss zum Zeitpunkt des Eingriffs gegeben sein, um die Habitatkontinuität sicherzustellen. Da CEF-Maßnahmen ihre Funktion häufig erst nach einer Entwicklungszeit in vollem Umfang erfüllen können, ist für die Planung und Umsetzung von CEF-Maßnahmen ein zeitlicher Vorlauf einzuplanen.

Ausnahme

Wenn ein Eingriffsvorhaben bzw. die Festsetzungen eines Bebauungsplanes dazu führen, dass Verbotstatbestände eintreten, ist die Planung grundsätzlich unzulässig. Es ist jedoch nach § 45 BNatSchG eine Ausnahme von den Verboten möglich, wenn:

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen
- und es keine zumutbaren Alternativen gibt
- und der günstige Erhaltungszustand für die Populationen von FFH-Arten trotz des Eingriffs gewährleistet bleibt bzw. sich der Erhaltungszustand für die Populationen von Vogelarten nicht verschlechtert, z. B. durch Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustands in der Region (FCS-Maßnahmen).

2.2 Methodische Vorgehensweise

2.2.1 Schematische Abfolge der Prüfschritte

Grobgliederung

Die artenschutzrechtliche Prüfung erfolgt in zwei Phasen:

1. Relevanzprüfung: In Phase 1 wird untersucht, für welche nach Artenschutzrecht zu berücksichtigenden Arten eine Betroffenheit frühzeitig mit geringem Untersuchungsaufwand ausgeschlossen werden kann bzw. welche Arten weiter zu untersuchen sind. In vielen Fällen kann in dieser Prüfstufe bereits ein Großteil der Arten ausgeschlossen werden.
2. Sofern im Rahmen der Relevanzprüfung eine mögliche Betroffenheit von Arten nicht ausgeschlossen werden konnte (und eine Abschichtung auf nachgelagerte Genehmigungsebenen nicht möglich ist), erfolgt in Phase 2 eine vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung in zwei Schritten:
 - Bestandserfassung dieser Arten im Gelände
 - Prüfung der Verbotstatbestände für die dabei im Gebiet nachgewiesenen, artenschutzrechtlich relevanten Arten.

Phase 1: Relevanzprüfung

In der Relevanzprüfung kommen folgende Kriterien zur Anwendung:

- **Habitatpotenzialanalyse:** Auf Grundlage einer Erfassung der am Eingriffsort bestehenden Habitatstrukturen wird anhand der bekannten Lebensraumsprüche der Arten - und ggfs. unter Berücksichtigung vor Ort bestehender Störfaktoren - analysiert, welche Arten am Eingriffsort vorkommen könnten.
- **Prüfung der geographischen Verbreitung,** z. B. mittels der Artensteckbriefe der LUBW, der Brut-Verbreitungskarten der Ornithologischen Gesellschaft Baden-Württemberg (OGBW), Literatur- und Datenbankrecherche, Abfrage des Zielartenkonzepts (ZAK), evtl. auch mittels vorhandener Kartierungen und Zufallsfunde aus dem lokalen Umfeld. Damit wird geklärt, ob die Arten, die hinsichtlich der gegebenen Biotopstrukturen auftreten könnten, im Gebiet aufgrund ihrer Verbreitung überhaupt vorkommen können.
- **Prüfung der Vorhabenempfindlichkeit:** Für die dann noch verbleibenden relevanten Arten wird fachgutachterlich eingeschätzt, ob für die Arten überhaupt eine vorhabenspezifische Wirkungsempfindlichkeit besteht. Dabei sind frühzeitige Vermeidungsmaßnahmen - im Sinne von einfachen Maßnahmen, mit denen Verbotstatbestände vorab und mit hinreichender Gewissheit ausgeschlossen werden können - zu berücksichtigen.

Durch die Relevanzprüfung wird das Artenspektrum der weiter zu verfolgenden Arten i. d. R. deutlich reduziert. Falls die verbleibenden Arten nicht mit allgemeinen Vermeidungsmaßnahmen abgehandelt werden können, wird die "vertiefende artenschutzrechtliche Untersuchung" durchgeführt. Soweit in der Relevanzprüfung bereits eine projektspezifische Betroffenheit aller artenschutzrechtlich relevanten Arten ausgeschlossen werden kann, endet die Prüfung. Weitere Prüfschritte sind dann nicht mehr erforderlich.

Begriffsbestimmung

Einige zentrale Begriffe des BNatSchG, die in der artenschutzrechtlichen Prüfung zur Anwendung kommen, sind vom Gesetzgeber nicht abschließend definiert worden. Daher werden eine fachliche Interpretation und Definition zur Beurteilung der rechtlichen Konsequenzen notwendig. Die in dem vorliegenden Gutachten verwendeten Begriffe sind im Anhang dargestellt. Sie orientieren sich hauptsächlich an den durch die Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA, 2009) vorgeschlagenen und diskutierten Definitionen. Für die ausführliche Darstellung wird darauf verwiesen. Im Anhang werden nur einige Auszüge wiedergegeben.

2.2.2 Festlegung der zu berücksichtigenden Arten

Neben allen Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, welche die Artengruppen der Säugetiere, Reptilien, Amphibien, Schmetterlinge, Käfer, Libellen, Fische und Pflanzen umfasst, sind gemäß der Richtlinie über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Richtlinie 79/409/EWG) alle in Europa natürlicherweise vorkommenden Vogelarten geschützt.

Im Rahmen der meisten Planungen kann ein Großteil der Anhang IV-Arten der FFH-Richtlinie bereits im Vorfeld ausgeschlossen werden (s. Kap. 5.2). Hinsichtlich der Vögel hat sich in der Gutachterpraxis gezeigt, dass es notwendig ist, Differenzierungen vorzunehmen. Unterschieden werden planungsrelevante Arten und „Allerweltsarten“.

Nicht zu berücksichtigende Vogelarten

„Allerweltsarten“, d. h. Arten, die weit verbreitet und anpassungsfähig sind und die landesweit einen günstigen Erhaltungszustand aufweisen, werden in der artenschutzrechtlichen Prüfung i. d. R. nicht näher betrachtet. Bei diesen Arten kann im Regelfall davon ausgegangen werden, dass bei vorhabenbedingten Beeinträchtigungen nicht gegen die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG verstoßen wird:

- Hinsichtlich des Lebensstättenschutzes im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 5 BNatSchG ist für diese Arten im Regelfall davon auszugehen, dass die ökologische Funktion der von einem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Abweichend von dieser Regelannahme sind aber Lebensraumverluste im Siedlungsbereich im Einzelfall kritischer zu beurteilen, da die Ausweichmöglichkeiten in einer dicht bebauten Umgebung möglicherweise geringer sind.

- Hinsichtlich des Störungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) kann für diese Arten auf Grund ihrer Häufigkeit grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert.

Wenn im Einzelfall eine größere Anzahl von Individuen oder Brutpaaren einer weitverbreiteten und anpassungsfähigen Art von einem Vorhaben betroffen sein kann, ist diese Art jedoch in die vertiefende artenschutzrechtliche Prüfung einzubeziehen.

Regelmäßig zu berücksichtigen ist bei diesen Arten das Tötungs- und Verletzungsverbot (§ 44 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG), indem geeignete Vermeidungsmaßnahmen zu treffen sind.

Regelmäßig zu berücksichtigende Vogelarten

Als planungsrelevante Vogelarten werden in der artenschutzrechtlichen Prüfung regelmäßig diejenigen Arten berücksichtigt, die folgenden Kriterien entsprechen:

- Rote-Liste-Arten Deutschland (veröff. 2021, Stand 2020) und Baden-Württemberg (veröff. 2022, Stand 2019) einschließlich RL-Status "V" (Arten der Vorwarnliste)
- Arten nach Anhang I der Vogelschutz-Richtlinie (VS-RL)
- Zugvogelarten nach Art. 4 Abs. 2 VS-RL
- Streng geschützt nach der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchVO)
- Koloniebrüter

3. Lebensraumstrukturen im Untersuchungsgebiet

Habitatpotenzialanalyse

Um zu erfassen, welches Potenzial an Lebensraumstrukturen (Habitatstrukturen) im Plangebiet besteht, wurde am 15.02.2024 eine Begehung des Plangebietes durchgeführt. Dabei wurden folgende (potenzielle) Habitatstrukturen festgestellt:

- Lagergebäude mit Einflugöffnungen und alten Vogelnestern auf Balken
- Lager- und Wohngebäude mit einzelnen schmalen Spalten im Dachbereich
- Vollständig versiegelter Innenhof

4. Wirkfaktoren des Vorhabens

Darstellung des Vorhabens

Für die Umsetzung der Planung sollen alle bestehenden Gebäude und Lagerhallen abgerissen werden. Auf dem Grundstück sollen Wohngebäude errichtet sowie Gärten und Grünstrukturen angelegt werden.

Der Rückbau der offenen Lagerhalle im südlichen Teil des Plangebiets soll nach aktuellem Zeitplan im Frühjahr 2024 erfolgen. Der Abbruch der übrigen Gebäude (Wohn- und Bürohäuser) soll im Winter 24/25 durchgeführt werden.

Relevante Vorhabenbestandteile

Das geplante Vorhaben ist auf diejenigen Vorhabenbestandteile hin zu untersuchen, die eine nachteilige Auswirkung auf Arten oder Artengruppen haben können. Aus der Palette aller denkbaren Wirkfaktoren (in Anlehnung an LAMBRECHT & TRAUTNER, 2007) erfolgt eine Auswahl der bei diesem Vorhaben relevanten Wirkfaktoren:

Baubedingte Wirkfaktoren

- Baubedingte Inanspruchnahme funktional bedeutender Lebensraumbestandteile (hier: Bestandsgebäude, offene Lagerhallen)
- Störungen durch Lärm, Licht und menschliche Anwesenheit
- Störungen durch Baumaschinen (Abgase, Erschütterungen)

Anlagenbedingte Wirkfaktoren

- Stellenweise Entsiegelung von derzeit bebauten/versiegelten Flächen

Betriebsbedingte Wirkfaktoren

- Störungen durch Lärm, Licht und menschliche Anwesenheit, diese geht vrstl. nicht über das vorherige/bestehende Maß hinaus.

5. Relevanzprüfung

5.1 Europäische Vogelarten

Weitverbreitete und anpassungsfähige Vogelarten

Aufgrund der Habitatstrukturen (s. Kap. 3) sind als Brutvögel im Plangebiet und dessen nahem Umfeld weitverbreitete und anpassungsfähige Vogelarten zu erwarten. Für das Plangebiet sind als typische Vertreter dieser Artengruppe zu nennen: Hausrotschwanz (*Phoenicurus ochruros*).

Eine Verletzung oder Tötung dieser Vögel im Rahmen der Abbrucharbeiten kann vermieden werden, wenn diese Abbrucharbeiten von Gebäuden nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September durchgeführt werden (Brutzeit mit Gefahr der Zerstörung von Gelegen / Tötung von nicht-flüggen Jungvögeln und ggf. nicht flüchtenden Altvögeln). Außerhalb dieses Zeitraums wird das Fluchtverhalten der Tiere dazu führen, dass eine Verletzung oder Tötung der Vögel nicht eintritt.

Gemäß den Erläuterungen in Kap. 2.2.2 wird bei dieser Art der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG mit hinreichender Sicherheit nicht eintreten; Um im Siedlungsbereich den Verlust von Nistmöglichkeiten zu verhindern (§44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG, vgl. Kap. 2.2.2), sind zwei Nistkästen für Halbhöhlen-/Nischenbrüter in der Umgebung anzubringen (V2a). Eine weitere Prüfung für diese Art ist dann nicht erforderlich.

Bei Durchführung der Abbrucharbeiten außerhalb des erlaubten Zeitraums muss bei einer Kontrollbegehung vor Beginn der Baumaßnahme ein Vorkommen von aktuellen Brutstätten ausgeschlossen werden (V1). Wird bei der Kontrolle Brutaktivität im Plangebiet festgestellt, so müssen die Arbeiten auf einen Zeitpunkt nach Ende der Brutzeit verschoben werden!

Planungsrelevante Vogelarten

Im Plangebiet kommt ein Bestand offener Lagerhallen mit möglichen Brutplätzen an Balken und Nischen vor. Bei der Begehung am 15.02.2024 wurden alte Nester aufgefunden. Damit sind im Plangebiet die Voraussetzungen für ein Vorkommen charakteristischer Vogelarten der Gebäudebrüter wie dem Haussperling (*Passer domesticus*) (RL-BW: V) gegeben.

→ Bei Beginn der Abrissarbeiten innerhalb der Brutzeit (nach 1. März) muss eine Begehung des Geländes erfolgen, um aktuelle Brutstätten im Plangebiet ausschließen zu können. Um die entfallenden Brutplätze auszugleichen, hat eine Anbringung von Nistkästen im Verhältnis 1:2 (in diesem Fall bei 2 Nestern 4 Kästen) im räumlichen Umkreis des Plangebietes zu erfolgen. Diese Maßnahme muss vor Beginn der Brut (bis Ende Februar) durchgeführt werden.

V1: Begehung vor der Durchführung der Abbruchmaßnahmen, um ein aktuelles Vorkommen von Brutvögeln auszuschließen.

V2b: Anbringung von 4 Haussperlings-Koloniekästen.

5.2 Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV

In Baden-Württemberg kommen aktuell rund 80 der im Anhang IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL) aufgeführten Tier- und Pflanzenarten vor (LUBW, 2008).

Ein Vorkommen von Reptilien, Amphibien, Schmetterlingen, Käfern, Libellen, Weichtieren und geschützten Pflanzen kann auf Grund fehlender Habitatstrukturen ausgeschlossen werden.

Säugetiere

Von den im Anhang IV aufgeführten Säugetierarten erscheint für das Plangebiet nur das Vorkommen von Fledermäusen möglich. Im Rahmen der Begehung vom 15.02.2024 wurden am Wohn-/Bürogebäude einzelne Spalten im Dachbereich festgestellt, welche möglicherweise von Fledermäusen als Quartier genutzt werden können.

→ Außerhalb der Wochenstubenzeit (also vor Mitte Mai) sollte im Zuge der Dachentfernung bei der Halle im Südteil des Grundstücks der Dachbereich mit den Spalten (siehe Foto 6 im Anhang) durch eine fledermaus-sachverständige Person auf den Besatz durch bzw. das Quartierpotenzial für Fledermäuse untersucht werden. Abhängig vom Ergebnis der Untersuchung ist das weitere Vorgehen (Verschluss der Spalten, Zeitraum des Abbruchs, Aufhängen von Kästen etc.) festzulegen.

V3: Kontrolle der Spalten am Wohn/Bürogebäude (vgl. Foto 6 im Anhang) außerhalb der Wochenstubenzeit (vor Mitte Mai). Evtl. im Zuge des Rückbaus der Halle möglich.

5.3 Ergebnis der Relevanzprüfung

Bei der Geländebegehung am 15.02.2024 wurden im Plangebiet verschiedene Strukturen festgestellt, die Vögeln und Fledermäusen als Lebensraum dienen können. Beim Abriss der Gebäude muss eine Tötung der genannten Artengruppen ausgeschlossen werden. Zu diesem Zweck wurden folgende Maßnahmen formuliert.

V1: Begehung vor der Durchführung der Abbruchmaßnahmen, um ein aktuelles Vorkommen von Brutvögeln auszuschließen.

V2a/b: Anbringung von 6 Nistkästen: 2 Nischenbrüter-Kästen (Hausrotschwanz), 4 Haussperlings-Koloniekästen.

V3: Kontrolle der Spalten am Wohn/Bürogebäude außerhalb der Wochenstubenzeit (vor Mitte Mai) und Festlegen des weiteren Vorgehens.

Bei erfolgreicher Umsetzung der Maßnahmen kann aus naturschutzfachlicher Sicht davon ausgegangen werden, dass ein Eintreten des Tötungsverbotens vermieden wird.

Auf Grund der bisherigen Nutzung des Plangebiets und der räumlichen Nähe zu bestehenden Wohngebäuden, ist von keiner erheblichen zusätzlichen Belastung durch die entstehenden neuen Emissionen der geplanten Bebauung auszugehen.

Da das Plangebiet völlig versiegelt ist, ist nach der Umsetzung der Bauvorhaben von einem besseren ökologischen Wert des Grundstücks auszugehen und eine positive Auswirkung ist zu erwarten.

6. Quellenverzeichnis

KRAMER, M., BAUER, H.-G., BINDRICH, F., EINSTEIN, J. & MAHLER, U. (2022): Rote Liste der Brutvögel Baden-Württembergs. 7. Fassung, Stand 31.12.2019. Naturschutz-Praxis Artenschutz 11.

LAMBRECHT, H. & TRAUTNER, J. (2007): Fachinformationssystem und Fachkonventionen zur Bestimmung der Erheblichkeit im Rahmen der FFH-VP – Endbericht zum Teil Fachkonventionen, Schlussstand Juni 2007. FuE-Vorhaben im Rahmen des Umweltforschungsplanes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundeamtes für Naturschutz. FKZ 804 82 004.

LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT NATURSCHUTZ (LANA) (2009): Hinweise zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes.

LAUFER, H. (2014): Praxisorientierte Umsetzung des strengen Artenschutzes am Beispiel von Zaun- und Mauereidechsen. Naturschutz und Landschaftspflege Baden-Württemberg 77, S. 93-142.

RYSLAVY, T., BAUER, H.-G.; GERLACH, B., HÜPPOP, O., STAHLER, J., SÜDBECK, P. & SUDFELDT, C. (2020): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands, 6. Fassung. In: Deutscher Rat für Vogelschutz (Hrsg.): Berichte zum Vogelschutz, Band 57, S. 13-112.

SÜDBECK, P., ANDRETTZKE, H., FISCHER, S., GEDEON, K., SCHIKORE, T., SCHRÖDER, K. & SUDFELDT, C. (Hrsg.) (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. Radolfzell.

Anhang

Begriffsbestimmungen

Europäisch geschützte Arten: Zu den europäisch geschützten Arten gehören alle heimischen europäischen Vogelarten sowie alle Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie. Für die nachfolgende Beurteilung sind demnach alle europäischen Vogelarten sowie (potenzielle) Vorkommen der Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie zu beachten. Diese sind einer Auflistung der LUBW (2008) entnommen.

Fortpflanzungsstätte: Alle Orte im Gesamtlebensraum eines Tieres, die im Verlauf des Fortpflanzungs geschehens benötigt werden. Fortpflanzungsstätten sind z. B. Balzplätze, Paarungsgebiete, Neststandorte, Brutplätze oder -kolonien, Wurfbaue oder -plätze, Eiablage-, Verpuppungs- und Schlupfplätze oder Areale, die von Larven oder Jungen genutzt werden.

Ruhestätte: Alle Orte, die ein Tier regelmäßig zum Ruhen oder Schlafen aufsucht oder an die es sich zu Zeiten längerer Inaktivität zurückzieht. Als Ruhestätten gelten, z. B. Schlaf-, Mauser- und Rastplätze, Sonnenplätze, Schlafbaue oder -nester, Verstecke und Schutzbauten sowie Sommer- und Winterquartiere.

Lokale Population: Nach den Hinweisen der LANA (2009) ist eine lokale Population definiert als Gruppe von Individuen einer Art, die eine Fortpflanzungs- oder Überdauerungsgemeinschaft bilden und einen zusammenhängenden Lebensraum gemeinsam bewohnen. Im Allgemeinen sind Fortpflanzungsinteraktionen oder andere Verhaltensbeziehungen zwischen diesen Individuen häufiger als zwischen ihnen und Mitgliedern anderer lokaler Populationen derselben Art.

Hinsichtlich der Abgrenzung von lokalen Populationen wird auf die Hinweise der LANA (2009) verwiesen, in welchen lokale Populationen „anhand pragmatischer Kriterien als lokale Bestände in einem störungsrelevanten Zusammenhang“ definiert sind. Dies ist für Arten mit klar umgrenzten, kleinräumigen Aktionsräumen praktikabel. Für Arten mit einer flächigen Verbreitung, z. B. Feldlerche, sowie bei revierbildenden Arten mit großen Aktionsräumen, z. B. Rotmilan, ist eine Abgrenzung der lokalen Population mitunter nicht möglich.

Daher wird vom MLR (2009) empfohlen, als Abgrenzungskriterium für die Betrachtung lokaler Populationen solcher Arten auf die Naturräume 4. Ordnung abzustellen. Wenn ein Vorhaben auf zwei (oder mehrere) benachbarte Naturräume 4. Ordnung einwirken kann, sollten beide (alle) betroffenen Naturräume 4. Ordnung als Bezugsraum für die "lokale Population" der beeinträchtigten Art betrachtet werden.

Bewertung des Erhaltungszustandes:

Europäische Vogelarten

Das MLR (2009) empfiehlt zur Beurteilung des Erhaltungszustands auf die Rote Liste und kommentiertes Verzeichnis der Brutvogelarten in Baden-Württemberg zurückzugreifen, solange keine offizielle Einstufung des Erhaltungszustandes vorliegt. Bei einer Einstufung in einer RL-Gefährdungskategorie zwischen 0 und 3 sowie bei Arten der Vorwarnliste ist von einem ungünstigen Erhaltungszustand auszugehen. Sonstige Vogelarten sind bis zum Vorliegen gegenteiliger Erkenntnisse als „günstig“ einzustufen.“ Dieser Empfehlung wird gefolgt.

Arten des Anhang IV FFH-Richtlinie

Die Informationen über die aktuellen Erhaltungszustände der Arten des Anhang IV der FFH-RL in Baden-Württemberg sind der LUBW-Aufstellung aus dem Jahre 2013 entnommen.

Fotodokumentation

alle Fotos: Kampf / faktorgruen am 15.02.2024

Foto 1:

Bestehendes Bürogebäude
und „Hans-Günther-Halle“ im
Norden des Plangebiets



Foto 2:

Innenansicht der Lagerhalle



Foto 3:

Bestehende Altnester 1
und 2 (vermutlich Haussper-
ling)



Foto 4:

Bestehendes Altnest 3 in der Lagerhalle (vermutlich Hausrotschwanz)



Foto 5:

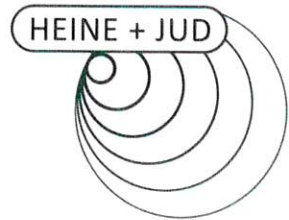
Innenansicht der östlichen
Lagerhalle



Foto 6:

Dachüberhang von Halle zu
Wohnhaus





HEINE+JUD · Forststraße 9 · 70174 Stuttgart

Stadt Mahlberg
Rathausplatz 7
77972 Mahlberg

Per Mail

Stuttgart, 6. Februar 2024

Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

Schalltechnische Untersuchung, 1. Stellungnahme

Projekt: 3818-b1

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegend erhalten Sie die Stellungnahme zum Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Lea Schiller

INGENIEURBÜRO
FÜR
UMWELTAKUSTIK

BÜRO STUTT GART
Forststraße 9
70174 Stuttgart
Tel: 0711 / 250 876-0
Fax: 0711 / 250 876-99
Messstelle nach
§29 BImSchG für Geräusche

BÜRO FREIBURG
Engelbergerstraße 19
79106 Freiburg i. Br.
Tel: 0761 / 154 290 0
Fax: 0761 / 154 290 99

BÜRO DORTMUND
Ruhrallee 9
44139 Dortmund
Tel: 0231 / 177 408 20
Fax: 0231 / 177 408 29

Email: info@heine-jud.de



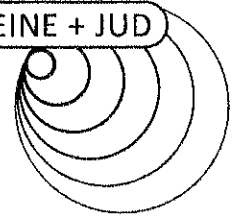
THOMAS HEINE · Dipl.-Ing.(FH)

von der IHK Region Stuttgart
ö.b.u.v. Sachverständiger für
Schallimmissionsschutz

AXEL JUD · Dipl.-Geograph



Durch die DAKKS nach DIN EN ISO/IEC 17025 akkreditiertes Prüflaboratorium. Die Akkreditierung gilt für die in der Urkunde aufgeführten Standorte und Prüfverfahren.



1. Stellungnahme Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

Stellungnahme

Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

1 Allgemeines und Aufgabenstellung

Es ist die Aufstellung bzw. die 7. Änderung des Bebauungsplans „Stiegele“ in Mahlberg geplant. Das Plangebiet liegt im Osten von Mahlberg in einem Abstand von rund 150 Metern westlich der Bundesstraße 3 innerhalb eines bebauten Wohngebietes. Ziel ist es, auf dem Grundstück Flst.-Nr. 2335/2 ein Mehrparteienhaus zu errichten.

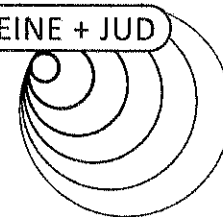
In der vorliegenden Untersuchung werden die Beurteilungspegel innerhalb des Bebauungsplangebietes durch die Immissionen der Bundesstraße 3 ausgewiesen. Beurteilungsgrundlage ist die DIN 18005^{1,2}.

2 Beurteilungsgrundlagen

Die Beurteilung der schalltechnischen Situation erfolgt im Bebauungsplanverfahren in der Regel anhand der DIN 18005 mit den darin genannten Orientierungswerten. Das Beiblatt 1 der DIN 18005 enthält schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung.

¹ DIN 18005 Beiblatt 1 Schallschutz im Städtebau – Beiblatt 1: Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung. Juli 2023.

² DIN 18005 Schallschutz im Städtebau – Grundlagen und Hinweise für die Planung. Juli 2023.

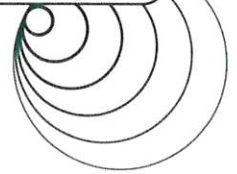


1. Stellungnahme
 Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

Tabelle 1 – Orientierungswerte der DIN 18005 für Verkehr¹

Gebietsnutzung	Orientierungswert Verkehr in dB(A)	
	tags (6-22 Uhr)	nachts (22-6 Uhr)
Gewerbegebiet (GE)	65	55
Kerngebiete (MK)	63 / 60	53
Dorfgebiete (MD), Dörfliche Wohngebiete (MDW), Mischgebiete (MI), Urbane Gebiete (MU)	60	50
Besondere Wohngebiete (WB)	60	45
Allgemeine Wohngebiete (WA)	55	45
Reine Wohngebiete (WR)	50	40

¹ DIN 18005 Beiblatt 1 Schallschutz im Städtebau – Beiblatt 1: Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung. Juli 2023.



1. Stellungnahme Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

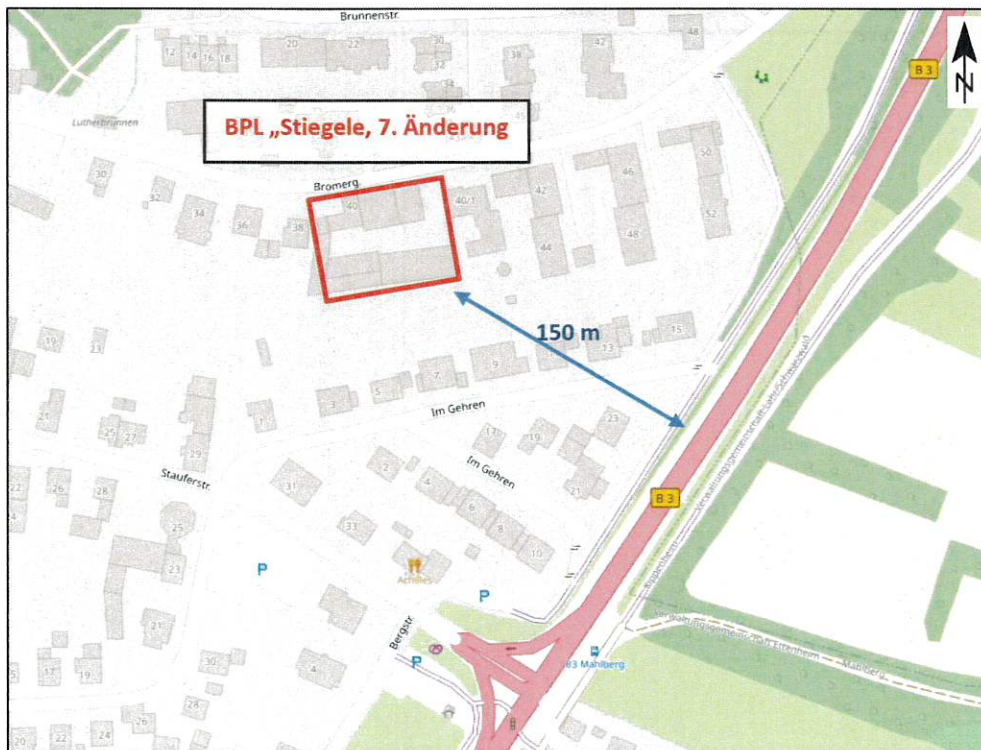
3 Grundlagen der Untersuchung

Örtliche Situation und Schutzbedürftigkeit

Das Bebauungsplangebiet „Stiegele, 7. Änderung“ liegt im Osten von Mahlberg und umfasst das Flurstück 2335/2. Nördlich des Plangebietes verläuft die Bromergasse, südlich grenzt bestehende Wohnbebauung an der Straße „Im Gehren“ an. In einem Abstand von rund 150 Metern verläuft im Osten die Bundesstraße 3. Die örtliche Situation geht aus der Abbildung 1 hervor.

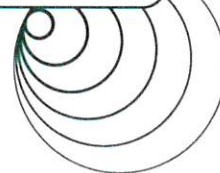
Die Schutzbedürftigkeit eines Gebietes ergibt sich in der Regel aus den Festsetzungen in den Bebauungsplänen. Im vorliegenden Fall wird von einem allgemeinen Wohngebiet (WA)¹ ausgegangen (siehe Abbildung 2).

Abbildung 1 – Örtliche Situation²



¹ Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“, zeichnerischer Teil, Vorentwurf, Stand: 06.11.2023, Stadt Mahlberg.

² OpenStreetMap

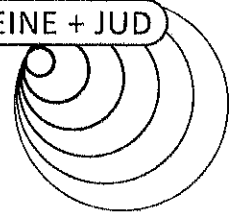


1. Stellungnahme Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

Abbildung 2 – Lage des Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“¹



¹ Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“, zeichnerischer Teil, Vorentwurf, Stand: 06.11.2023, Stadt Mahlberg.



1. Stellungnahme Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

Berechnungsgrundlagen Straßenverkehr

Die Berechnung des Straßenverkehrslärms erfolgt anhand den RLS-19¹. Die Verkehrszahlen für die Bundesstraße 3 stammen aus der Lärmkartierung 2022 der LUBW². Der durchschnittliche tägliche Verkehr (DTV) wurde mit einer jährlichen Steigerung von 1 % auf das Prognosejahr 2035, bei gleichbleibendem Schwerverkehrsanteil, übertragen. Den Berechnungen liegen folgende Kennwerte zugrunde:

Tabelle 2 – Verkehrskennwerte Bundesstraße 3 – Prognose 2035

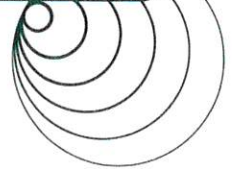
Straße	DTV *	SV-Anteil** Lkw1 tags / nachts	SV-Anteil** Lkw2 tags / nachts	Geschwindigkeit Pkw / Lkw1,2
	Kfz/24 h	%	%	km/h
Bundesstraße 3	16.830	1,9 / 0,8	1,3 / 0,5	70 / 70 ³

*Durchschnittlicher täglicher Verkehr, ** Schwerverkehrsanteil nach Fahrzeuggruppen Lkw1 und Lkw2

¹ Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen (RLS-19). Richtlinien zum Ersatz der RLS-90 mit der Verabschiedung der Änderung der 16. BImSchV, Ausgabe 2019.

² www.lubw.baden-wuerttemberg.de/laerm-und-erschuetterungen/laermkarten

³ Im relevanten Abschnitt.

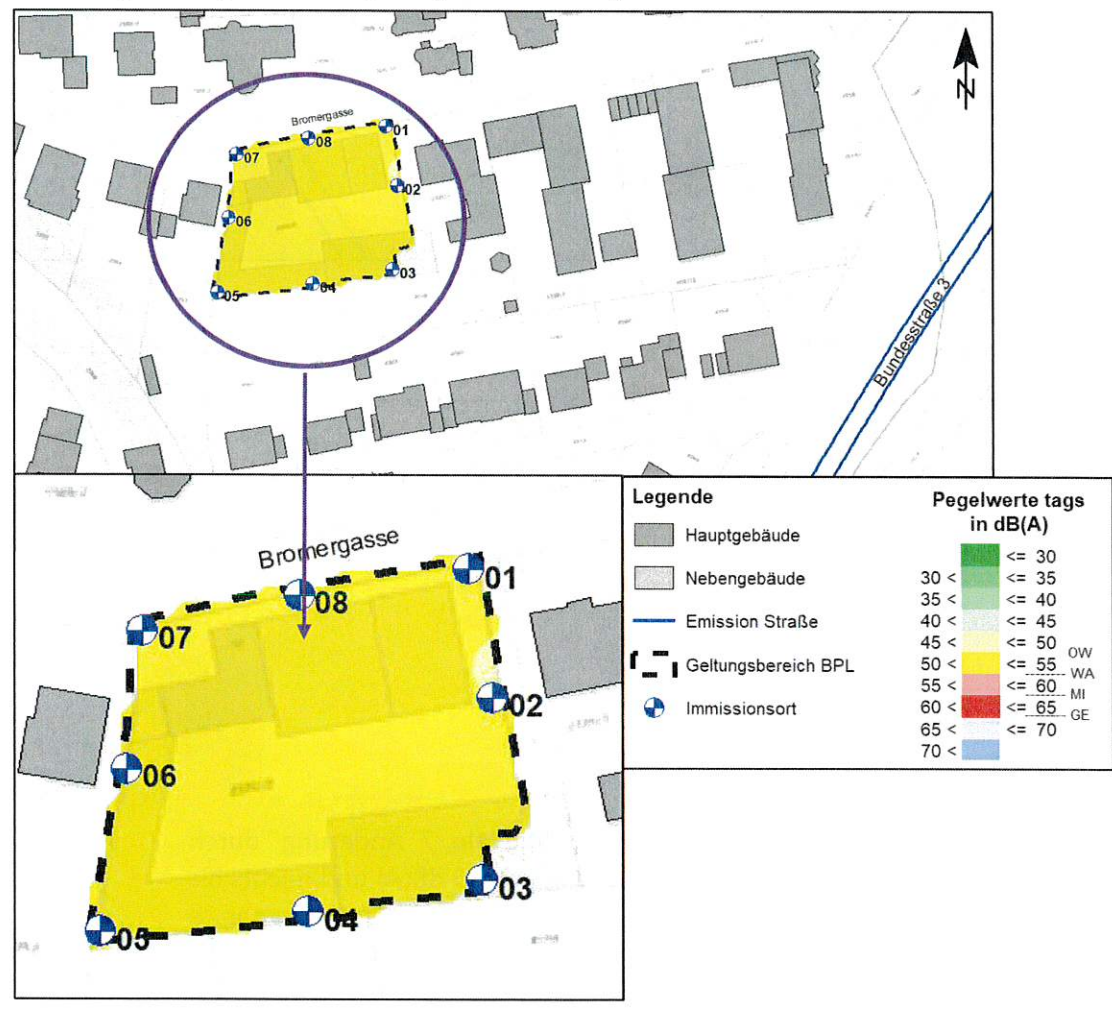


1. Stellungnahme
 Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

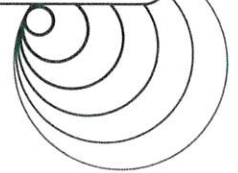
4 Ergebnisse und Zusammenfassung

Die Pegelverteilung durch den Straßenverkehr auf der B 3 ist in den nachfolgenden Lärmkarten (Rechenhöhe 8 m über Gelände – ca. 2.OG) dargestellt. Die Skala der Lärmkarten wurde so gewählt, dass ab den hellroten Farbtönen die Orientierungswerte (OW) der DIN 18005¹ für allgemeine Wohngebiete (WA) (tags 55 dB(A) und nachts 45 dB(A)) überschritten werden.

Abbildung 3 – Pegelverteilung Straßenverkehr tags

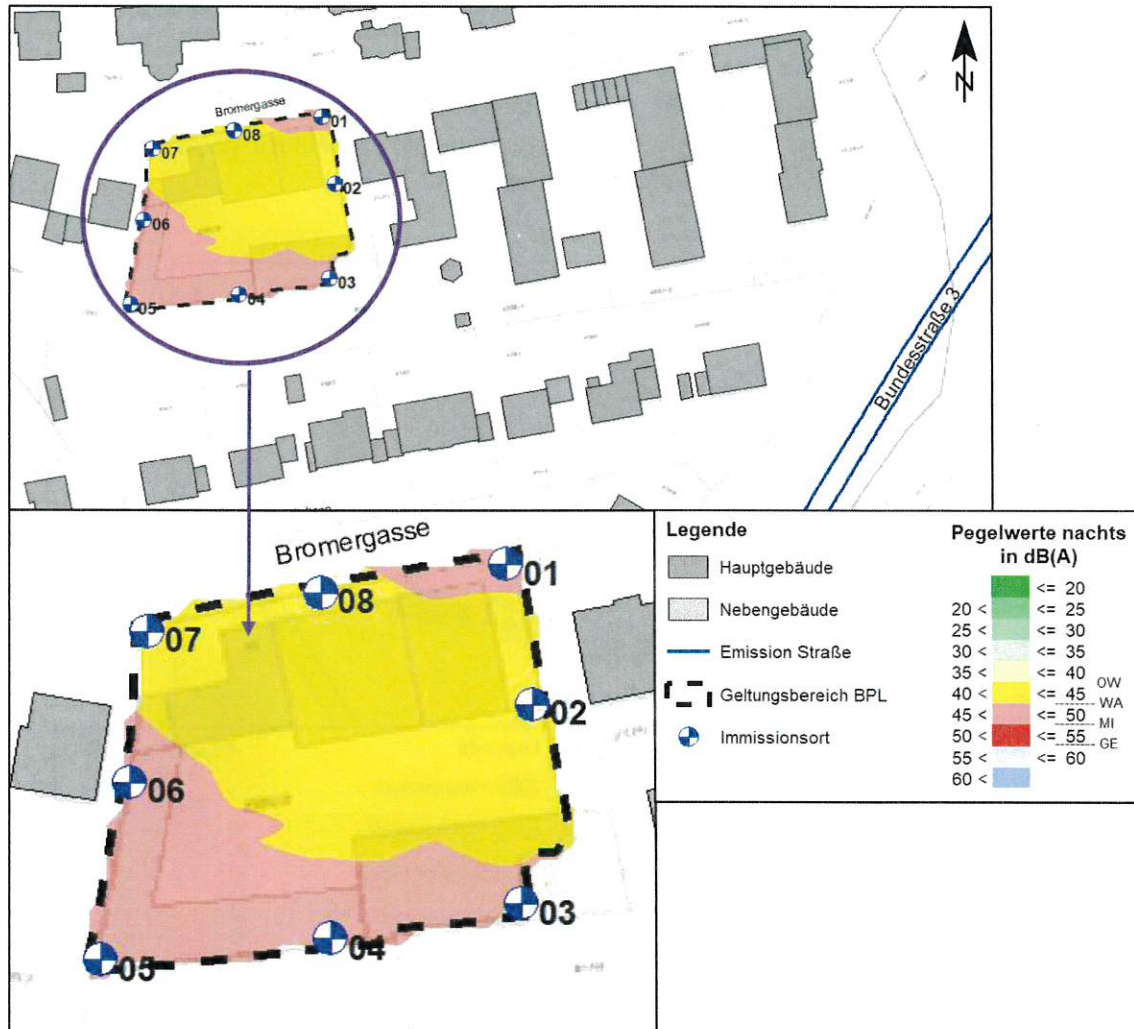


¹ DIN 18005 Beiblatt 1 Schallschutz im Städtebau – Beiblatt 1: Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung, Juli 2023.



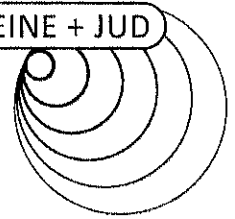
1. Stellungnahme
 Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

Abbildung 4 – Pegelverteilung Straßenverkehr nachts



Die Beurteilungspegel im Bebauungsplangebiet „Stiegele, 7. Änderung“ durch die Immissionen der Bundesstraße 3 betragen tags bis 55 dB(A) und nachts bis 47 dB(A). Die Orientierungswerte der DIN 18005¹ für allgemeine Wohngebiete (tags 55 dB(A), nachts 45 dB(A)) werden im Plangebiet tags eingehalten und nachts bis 2 dB überschritten.

¹ DIN 18005 Beiblatt 1 Schallschutz im Städtebau – Beiblatt 1: Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung. Juli 2023.



1. Stellungnahme
Bebauungsplan „Stiegele, 7. Änderung“ in Mahlberg

Aufgrund der geringfügigen Überschreitung nachts ist die Festsetzung von Lärmschutzmaßnahmen im Bebauungsplan nicht erforderlich. Im ungünstigsten Fall beträgt der maßgebliche Außenlärmpegel nach DIN 4109¹ bis zu 60 dB(A) (entspricht Lärmpegelbereich II), besondere bauliche Maßnahmen an den geplanten Gebäuden sind hier nicht erforderlich.

Stuttgart, den 6. Februar 2024

Fachlich Verantwortlicher

Dipl.-Ing. (FH) Thomas Heine

Projektbearbeiter/in

Dipl.-Ing. (FH) Lea Schiller



¹ DIN 4109-1 Schallschutz im Hochbau - Teil 1: Mindestanforderungen. 2018